

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungssatz Nr. 4089, 6. Richtung.

Die Anzeigengebühr beträgt für die erste halbe Zeile jeder deren Raum 15 Pfg., für Besammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 187.

Mittwoch, den 13. August 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Um was es sich handelt.

Das. Bei dem elenden Schacher, der in der Zolltariffkommission des Reichstages lethim ganz besonders wieder zu Tage getreten ist, erklärten die agrarischen Größen, sie wünschten ja nur einen gerechten Ausgleich zwischen der Landwirtschaft und der Industrie und wollten daher gerne die höchsten Eisenzölle und alle anderen Industriezölle bewilligen, wenn sie dafür die Brodwucher-Zölle erlangen könnten. Daß aber dieser „gerechte Ausgleich“ auf Kosten des arbeitenden Volkes erfolgt, daß es schließlich die Arbeiter und kleinen Leute sind, die die Zölle sowohl für die Großgrundbesitzer als auch für die Industriebarone bezahlen müssen: mit dieser „Kleinigkeit“ möchten sich die edlen Herren am liebsten gar nicht abgeben, und sie entrüsteten sich gar gewaltig über das „zwecklose Gerede“ unserer Genossen, die hieran immer von neuem erinnern. In Wahrheit jedoch ist gerade dieses Moment von einer sehr großen Bedeutung. Hängt doch mit der wirtschaftlichen Entwicklung das Wohl und Wehe des arbeitenden Volkes aufs innigste zusammen.

Einen neuen Beitrag zu diesem Kapitel hat Dr. Fr. Pringzig-Ulm im letzten Heft der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“ veröffentlicht. Er untersucht nämlich u. a. den Einfluß, den die Ehe auf die Kriminalität hat. Dieser Einfluß macht sich bei den Männern ganz anders geltend als bei den Frauen. Unter je 10 000 männlichen Personen wurden in Deutschland in den Jahren 1882—1893 wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen verurtheilt:

Im Alter von:	Lebige:	Verheirathete:
18—21 Jahren	134,5	325,4
21—25 "	122,3	159,9
25—30 "	120,5	103,5
30—40 "	140,1	79,9
40—50 "	120,7	58,6
50—60 "	71,4	39,5
über 60 "	28,7	19,8

Hier sind in erster Linie auffallend die hohen Ziffern der Verheiratheten bis zu 25 Jahren. Fraglos ist die große Theilnahme der früh verheiratheten Männer an den Verbrechen und Vergehen gegen das Eigenthum zu einem guten Theil darauf zurückzuführen, daß der Familienvater nicht in der Lage ist, den Unterhalt für seine Familie, namentlich wenn sich Kinder einstellen, durch seinen Verdienst zu bestreiten. Je schlechter aber die Beschäftigung ist, und je theurer zu gleicher Zeit die notwendigen Lebensmittel werden, desto häufiger müssen auch die Fälle vorkommen, daß ein Familienvater durch die Noth auf die Bahn des Verbrechens getrieben wird.

Freilich könnte uns eingewendet werden, daß in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten verhältnismäßig wenig Ehen geschlossen, mithin viele solcher „leichtfertigen“ Ehen vermieden werden. Das wäre aber ein falscher Schluss. Gerade leichtfertige Leute begnügen sich auch bei schlechten Umständen mit der Hoffnung, „daß es sich schon machen werde“; sie werden also von der Ehe nicht zurückgeschreckt, fallen aber den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen am ehesten zum Opfer. Außerdem gereicht eine Erschwerung der Eheschließungen dem Volksleben durchaus nicht zum Segen. Im Gegentheil hat sich die Ehe im allgemeinen als ein Faktor bewährt, der auf die Abnahme der Verbrechen und Vergehen hinwirkt. Dies bestätigt ein Blick auf unsere Tabelle. Denn schon in der Klasse der Personen im Alter von 25 bis 30 Jahren weisen die Verheiratheten weniger Verurtheilungen auf als die Lebigen; und diese Differenz wird in jeder nun folgenden Gruppe größer. Ganz gleich stellt sich das Verhältniß, wenn wir die Zahlen in Betracht ziehen, die die anderen Verbrechen und Vergehen ergeben. Endlich hat jede Erschwerung der Eheschließungen eine Zunahme in der Zahl der unehelichen Kinder zur Folge. Von diesen unglücklichen Wesen aber geht bekanntlich ein außergewöhnlich großer Theil zu Grunde.

Wichtig ist es ferner, wie die Ehe auf die Frau wirkt. In Deutschland wurden in den Jahren 1882 bis 1893 auf 10 000 weibliche Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurtheilt:

Im Alter von:	Lebige:	Verheirathete:
18—21 Jahren	41,5	60,2
21—25 "	41,7	47,0
25—30 "	44,1	45,4
30—40 "	44,6	50,0
40—50 "	33,5	46,8
50—60 "	23,1	29,9
60 und mehr Jahren	10,2	13,3

In allen Altersgruppen stellen also die weiblichen Verheiratheten mehr Verurtheilte als die Lebigen. Dies wird besonders bewirkt durch Vergehen wie Verleumdung, Körperverletzung und Hausfriedensbruch. Nun vergegenwärtige man sich, welche Folge ein schlechter Verdienst des Mannes, verbunden mit der Vertheuerung des Lebensunter-

haltes auf die Frau haben muß. Sie wird verbittert und aufgeregt und kann infolgedessen um so leichter sich zu derartigen Ausschreitungen hinarbeiten lassen.

Um meisten aber fällt die Kriminalität der Verheiratheten und Geschiedenen auf. Sie ist bei beiden Geschlechtern sehr groß. Beim verheiratheten Mann spielt eine bedeutende Rolle das unregelmäßige Leben, dem viele Wittwen verfallen, und das bei ihrem Alter nicht ohne große Nachteile für Körper und Geist bleiben kann, so daß sie oft allen moralischen Halt verlieren. Die Wittwen stehen bei fast allen Delikten in erster Linie, und dies fällt ganz besonders auf bei den schwersten und gemeinsten Verbrechen: Mord, Blutschande, falsche Anschuldigung, Meineid.

Die vielen Verurtheilungen bei den Wittwen dagegen entspringen vor allem der Noth. Daher bei ihnen auch die ganz besonders große Zahl der Vermögensdelikte und anderer Delikte, die einen Vermögensvorteil versprechen, so der Ruppelrei, der Uebertretungen der Gewerbeordnung usw. Schließlich hängt eine große Anzahl der von Wittwen begangenen Delikte mit dem Eintritt vieler Wittwen in die Gruppe der selbstständigen Erwerbthätigen zusammen; sie werden plötzlich in ganz neue Verhältnisse verlegt, denen sie nur zu häufig in feiner Weise gewachsen sind.

Wenn aber durch den Brodwucher die Lage des arbeitenden Volkes verschlechtert wird, so wird das sicher die Lebensdauer manches Familienvaters und mancher Familienmutter verkürzen. Denn nichts reißt den Menschen so schnell auf wie die Sorge um das tägliche Brod, wie die Verzweiflung darüber, daß wir nicht unsere Pflichten gegen unsere Familie erfüllen können. Wie der vorzeitige Tod des Mannes oder der Frau auf den hinterbliebenen Wittwer oder die Wittwe wirkt, haben wir oben gezeigt. Noch schlimmer aber steht es oft mit den Kindern, denen jeder Schutz geraubt ist, und die ohne die nötige Erziehung aufwachsen. So hängt eins mit dem anderen zusammen, so hat der Brodwucher für die Arbeiter in jeder Beziehung die schlimmsten Folgen. Es handelt sich also für uns nicht um „einige wenige Pfennige“, sondern in Wahrheit um nichts weniger als die gedeihliche Entwicklung unseres Volkslebens. Deshalb lohnt es sich fürwahr, daß wir den Kampf gegen den Brodwucher mit allen unseren Kräften führen.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Das Schauspiel eines Unfalles sieht beder. Die ausschlaggebende Partei, das Zentrum, das die Nationalliberalen bekanntlich längst in der Geschicklichkeit des Unfalles übertrifft, ist Regisseur und Mime. Die erste Lesung des Zolltariffentwurfs geht zu Ende und nun muß die Entscheidung fallen über einen Antrag, den besagtes Zentrum zu Beginn der Kommissionsberatung eingebracht hat, um seine Arbeiterfeindlichkeit für schwache Augen möglichst zu verhüllen. Wir meinen den Antrag, der nach dem Rezept Bismarcks gearbeitet ist und der den durch die Getreidezölle ausgepowerten Arbeitern vorzuschwindeln sucht, daß der Raubzug auf ihre Taschen nichts anderes sei, als die Schaffung eines „Patrimoniums der Enterbten“. Das Zentrum hat beantragt, daß die Ueberschüsse, die die höheren Getreidezölle über den bisherigen Ertrag bringen, den Fonds einer Wittwen- und Waisenversicherung bilden sollen. Dieser Antrag hätte schon am Schluß der ersten Lesung des Tarifgesetzes zur Verathung kommen müssen. Aber das Zentrum selbst hat mitgeholfen, daß diese Verathung bis zur Beendigung der ersten Lesung des Tarifs selber zurückgestellt wurde. Und diese Arbeit geht ja nun auch zu Ende und wieder steht das Zentrum vor diesem bösen Verlegenheitsantrage. Daß es ihn nicht ernsthaft vertreten will, daß es von seiner Annahme nicht seine Zustimmung zum Tarif abhängig machen will, das weiß es längst. Aber es möchte das den katholischen Arbeitern doch möglichst lange verbergen. Als nun am Freitag die Entscheidung gemacht wurde, wann der Zentrumsantrag verathen wird, am Schluß der ersten Lesung oder zu Beginn der zweiten, da hätte das Zentrum die Frist gern noch verlängert. Aber die Sozialdemokraten, die auch Verwendungsanträge eingebracht hatten, forderten für ihre Anträge sofortige Verathung. In ihrer Noth verfielen die Zentrumsführer auf die geschickte Idee, die Entscheidung der Regierung zuzuschreiben. Spahn erklärte, die Zentrumsmitglieder könnten sich erst entscheiden, wenn sie annehmen dürften, daß der Staatssekretär des Innern der Verathung beizuwohnen und die Stellung der Regierung zu den Anträgen eventuell präzisieren könnte. Graf Posa d o w s k y beistete sich, dazu eine Erklärung abzugeben, bei der die Gesichter der Zentrumsmitglieder immer länger wurden. Er betonte die prinzipielle Wichtigkeit der Anträge und versprach eine präzise Erklärung der Regierung zu diesen Anträgen, aber — nach der zweiten Lesung. Inzwischen wäre es der Regierung erwünscht, Zeit zur Verathung und Entschiedenheit über die etwa von der Kommission zu fassenden Beschlüsse zu gewinnen. Man mußte das Zentrum schon in den sauren Apfel beißen und der

sofortigen Verathung zustimmen. Am Dienstag oder Mittwoch wird der erste Akt des Unfallsstückes gespielt werden, der Schluß wird aber wahrscheinlich erst im Plenum des Reichstages selbst vorgeführt werden.

Ein Posa d o w s k y -Gehe ist die unmittelbare Folge der Offenherzigkeiten des edlen Grafen. Die „konservative Korrespondenz“ denunziert ihn bereits als heimlichen — Sozialdemokraten. Man höre:

Die Klänge aus glücklich vergangenen Zeiten muthen den Zuhörer mitunter Bemerkungen an, die der Staatssekretär des Innern, Graf von Posa d o w s k y, ausspricht. So hat er bekanntlich schon bei den letzten Etatsverhandlungen die Sozialdemokratie vielfach vom Standpunkte des aus der Caprivischen Aera berühmten „Ruthes der Kaltblütigkeit“ behandelt, so hatte er — ähnlich wie Naumann, — den Sozialistenheiligen Marx und Engels Kränze widmete — Herrn Schippel unter die Klaffler eingereiht. Ob diese Huldkehr zur wohlwollenden Behandlung unserer Sozialrevolutionäre eine Episode bedeutet oder planmäßig geschieht, wissen wir nicht; aber wir sind der Meinung, daß sie Beachtung verdient.

Der 12 000 Mk. Graf hat nun bald aller Parteien Gunst und Gaf erprobt. Darum klingen auch seine Schwanengefänge so elegisch!

Aus der Zolltariffkommission. Die sachliche Verathung des Zolltariffentwurfs in der Kommission ist nunmehr Montag in erster Lesung beendet worden. Dienstag, heute, sollen die sogenannten Verwendungsanträge verathen werden. Dann tritt die in Aussicht genommene Pause ein, worauf voraussichtlich am 16. September die zweite Lesung in der Kommission beginnt.

Das Reichsversicherungsamt und der Gewerkschaftskongreß. Unter diesem Titel veröffentlicht die „Arbeiter-Versorgung“, das „Zentralorgan für das gesamte Arbeiterversicherungswesen“, einen Aufsatz, der offenbar (er ist mit D. G. gezeichnet) vom Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Gaebel selbst herrührt. Der Artikel soll eine Abwehr der auf dem Kongreß laut gewordenen scharfen Kritik des Amtes bilden. Neuprest charakteristisch ist es aber, wie diese Widerlegung geschieht. Der Aufsatz stellt zunächst fest, daß die Rechtsauslegungen des Amtes in den letzten Jahren von den Arbeitern immer heftigere Angriffe erfahren haben und daß demnach die auf dem Boden der Sozialversicherung stehenden Parteien und Personen alle Veranlassung haben, die Berechtigung der wichtigen Anschuldigungen zu prüfen. Es sei richtig, daß eine Anzahl von Entscheidungen zu sozialpolitischen Bedenken Anlaß geben. Manche Urtheile beispielsweise über Bruchschäden und ihre Bedeutung für die Unfallversicherung über Halb- und Theilwerbsunfähigkeit zc. haben auch außerhalb der Versicherten Kreise hervorgerufen und sind als Beweis dafür betrachtet worden, daß es diesem Gericht nicht möglich ist, seine Rechtsauslegung mit der Rechtsüberzeugung der Arbeiterfreie in Einklang zu bringen. Diese Einsicht ist ja sehr hübsch, aber es folgt sogleich ihre „Widerlegung“. Von einer Tendenz, einseitig zu Gunsten der Berufsvereinigungen zu entscheiden, könne keine Rede sein, eher könne das Gegenteil behauptet werden und es sei bekannt, daß deshalb dem Amte seitens der Unternehmer schon Vorwürfe gemacht worden seien. (Wah!) Viele frühere Auslegungen hätten modifiziert werden müssen, so hätte z. B. der Begriff „Betriebsunfall“ viel scharfer gefaßt werden müssen, um die früheren „Begriffswörter“ zu zerstreuen, welche die Klarheit verhin derten“. Man hätte sich überzeugt, daß man früher aus edelsten Motiven und geleitet von einer wahrhaft sozialen Auffassung, über das Gesetz und die Absichten des Gesetzgebers hinausgegangen war. Diese Zugeständnisse sprechen so für die Berechtigung der geübten Kritik, daß wir nichts hinzuzusetzen brauchen. Es sei das Bestreben des Reichsversicherungsamtes, so heißt es weiter, sich auf einen möglichst freien Standpunkt zu stellen, was dem Amte in der Hauptsache auch gelungen sei. Angesichts des Umstandes, daß der Gewerkschaftskongreß einen sehr erheblichen Theil der deutschen Arbeiterschaft repräsentiere, gehe es absolut nicht an, die abfällige Kritik zu ignorieren. Diefelbe könnte in der That dahin führen, daß die Arbeiterschaft das Vertrauen zu der Rechtsprechung des Amtes vollständig einbüße, was nicht genug bedauert werden könnte. Und was gedenkt der Herr Präsident daher zu thun? Er fordert vor allem die politische Presse und die „auf dem Boden der Sozialversicherung stehenden Parteien“ ebenso die Fachpresse auf, gegen die Verdächtigungen des Reichsversicherungsamtes einen scharfen Protest zu erheben! Das ist also der Weisheit letzter Schluss. Wenn sich nun in der nächsten Zeit Schreiberseelen finden, welche die Wirksamkeit des Reichsversicherungsamtes bis in den Himmel loben, so wissen wir und die Arbeiter, wo der Barthel den Most geholt hat.

Ein liebliches Kulturbild aus Deutschland. Wie der begnadigte Oberleutnant Hildebrandt sich vor seiner Abreise nach seiner neuen Garnison im Westen in Gumbinnen verabschiedete, darüber wird der „Berl. Ztg.“ gemeldet: Im Offizierskasino in Gumbinnen ging es am Sonnabend flott her. Lustige Weisen gab die Militärkapelle des Artillerie-Regiments 1 im Kasino-

garten zum Besten; wiederholt ertönten Hochs und Hurrahs. Die Teilnahme der Anwohner stieg, als in der neunten Abendstunde eine Abtheilung Artillerie — 20—30 Mann — zu Pferde in Gala mit Parbusch anrückte, einen Offizier in vier-spänniger Equipage zum Bahnhof eskortierte und sich von dem Fassenden des Wagens mit dreimaligem Hurrah verabschiedete. Der Insasse war der soeben begnadigte Duellant Oberleutnant Hildebrandt. An dem Abschieds-Diner für Hildebrandt nahmen nach ostpreussischen Blättern auch die Kommandeure der 2. Kavalleriebrigade, Generalmajor v. Willisch und der 2. Feldartilleriebrigade Generalmajor Gronau theil. — Der Vorgang spricht für sich selbst und bedarf keines Kommentars.

Die vereitelte Zentrumstrache. Der Eobuchts-anfall der bayerischen Klerikalen, dem die staatlichen Ausgaben für Kunstzwecke zum Opfer fielen, hat nun doch nicht erreicht, was er bezweckte. Ein Mitglied der Kammer der Reichsräthe hat nämlich der Regierung die Summe von 100 000 Mk. zur Verfügung gestellt zur Erwerbung ausgezeichneter Kunstwerke, insbesondere für die Kunstsammlungen des Staates. Der Prinz-Regent ertheilte bereits die Genehmigung zur Annahme der Schenkung. — Wie weiter mitgeteilt wird, vermuthet man in dem anonymen Geschenkgeber den Prinz Ludwig Ferdinand v. Bayern, der noch vor wenigen Tagen warm für die Bewilligung von 100 000 Mk. aus Staatsmitteln für die Kunst eingetreten war. Nach einer andern, sehr bestimmt auftretenden Lesart soll dagegen der Stifter der Reichsrath Freiherr von Cramer-Klett sein. Je länger der Name ungenannt bleibt, um so mehr Reichsräthe kommen in den angenehmen Verdacht, die Summe gestiftet zu haben.

Die Krisis im bayerischen Kultusministerium ist beendet. Der Prinzregent hat nunmehr das vom Kultusminister von Landmann eingereichte Entlassungsgesuch „unter wärmster Anerkennung seiner mit regstem Eifer und hingebender geleisteten treuen Dienste“ genehmigt und den Minister unter Einreichung in der Zahl der Staatsräthe im außerordentlichen Dienst bis auf weiteres in den Ruhestand versetzt. Herr v. Landmann, der Kommentator der Gewerbeordnung mag sich bei dem Zentrum für diesen unerwarteten Abschluß seiner Ministerherrlichkeit bedanken. — Gleichzeitig wurde der bayerische Gesandte in Wien Freiherr von Podewils-Dürnitz zum Staatsrath im außerordentlichen Dienst und zum Kultusminister ernannt.

Der „Erzdemagoge“ Bennigsen und Kaiser Wilhelm I. Moritz Busch berichtet in seinen „Tagebuchblättern“, daß Bismarck im Jahre 1881 ihm erzählt habe, der alte Kaiser hätte ihm, nachdem er 1877 durch Eulenburg von seinen Verhandlungen mit Bennigsen erfahren habe, einen „groben Brief“ geschrieben, „ungefähr in diesem Stil: wie ich mich unterziehen könne, mich mit diesem rothen Radikalen, diesem Erzdemagogen einzulassen, und verbot mir ausdrücklich, weiter zu verhandeln mit ihm.“ — Sonderbare Informationen müssen dem alten Wilhelm über den pflanzenweidigen Bennigsen unterbreitet worden sein! Sonst wem wohl?

Eine Verallgemeinerung der deutschen Arbeiterversicherung — eine Rettung des Verzehtandes. In der „Arbeiterversorgung“ veröffentlicht Dr. Klein, Regierungsrath im Reichsversicherungsamt, sehr interessante Nachweise über die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1900. Es waren nach diesen Nachweisen im Jahre 1900 10 156 512 Personen der Krankenversicherung unterstellt und zwar 7 934 484 Männer und 2 222 028 Frauen. Von der Gesamtbevölkerung des deutschen Reiches ist etwa ein Fünftel gegen die existenzuntergraben Folgen der Krankheit versichert. Und dieses eine bescheidene Fünftel soll nun schon nach den lauten Klagen der Ärzte den Verzehtand in Grund und Boden gewirtschaftet haben! Die zehn Millionen Versicherten brachten 1900 immerhin schon 36 369 693 Mark für ärztliche Hilfeleistungen auf. Man kann sagen, pro Kopf der Versicherten wurden jährlich 3,60 Mark für ärztliche Behandlung verausgabt. Stellt man sich vor, bemerkt die „Krankenlassen-Zeitung“, daß die Gesamtbevölkerung Deutschlands gegen die Krankheit versichert wäre, und daß pro Kopf für die ärztlichen Hilfeleistungen 3,60 Mk. aufgebracht würden, so läme eine Summe von über 203 Millionen zusammen. Wir hatten 1899 25 757 Ärzte. Würde diese Summe von 203 Millionen als Honorar auf diese Ärzte vertheilt werden, so erhielte jeder deutsche Arzt ein Einkommen von ca. 7 900 Mark. Die 36,3 Millionen Arzt Honorare, die heute ca. 10 Millionen Versicherte aufbringen, erschöpfen aber die Gesamtleistungen der Krankenkassen für den Verzehtand noch nicht. Die Krankenkassen verausgabten 1900 22 040 824 Mark für Krankenhausbearbeitung und Krankenbesuchspflege ihrer Mitglieder. Unter diesen Ausgaben steht noch ein hoher Prozentsatz für die Honorare, die den Ärzten der Krankenhäuser und Krankenbesuchshäuser für ihre ärztlichen Hilfeleistungen gezahlt werden. Die Herren Ärzte sollten niemals unterzählen, welch großes Arbeitsfeld ihnen das deutsche Arbeiterversicherungswesen eröffnet hat. Die Berufsvereinigungen zahlten 1900 für das Heilverfahren 2 031 236 Mk. und 3 350 177 Mark für die Behandlung der Verletzten in Krankenhäusern. Die Landesversicherungsanstalten ließen 1900 5 663 783 Mark für das Heilverfahren fließen. In allen diesen Millionen sind beträchtliche Summen für die Honorare der Ärzte enthalten. Aus diesen Daten ersieht man, daß thatsächlich eine Ausdehnung des heutigen Versicherungswezens auf die ganze deutsche Bevölkerung eine enorme Verbesserung des Verzehtandes bedeuten würde. Bei einer beträchtlichen Ausdehnung veranschlagt sich die Zahl der gegen Krankheiten Versicherten, sie verdreifachte sich bei der Unfallversicherung und sie verdreifachte sich bei der Invalidenversicherung. Die Herren Ärzte sind also sehr kurzschichtig, wenn sie die Verbesserung ihrer Lage hauptsächlich durch die höhere Belastung eines Bruchtheils der sozial schlecht gestellten Bevölkerung herbeiführen wollen. Sie bedenken sich dadurch mit dem Adel, daß sie ihre Standesinteressen radikallos auf Kosten der Armen fördern wollen. Was ist den Ärzten aber damit geblieben, wenn sie einem Fünftel der Bevölkerung höhere Honorare mit Hilfe des Staates abpressen werden? Wahrscheinlich nicht viel! Eine Ausdehnung der Versicherung der Bevölkerung in die Arbeiterversicherung aber würde das jetzige ärztliche Honorar nur in einem Bruchtheil auf das Fünftel anspitzen lassen. Das ist aber nicht, was die Herren

Klassen angehörigen Klassenmitglieder könnte man höhere, fünfweis steigende Beiträge für die Versicherung abnehmen. Eine Gesamtversicherung der Bevölkerung würde eine wirkliche Rettung des Verzehtandes aus seiner Nothlage bedeuten. Der Arzt würde dann beamteter Kassenarzt werden. Er rückt in die Stellung eines besoldeten Gesundheitsbeamten auf und er würde dann alles das, was ihn heute leider häufig zum Nachtheil seines hohen Berufes zum Professionisten, zum Geschäftsmann macht, von sich abstreifen.

Preussische Reliquien. Nicht allein die katholische Kirche, sondern auch die preussische Monarchie stellt Reliquien sonderbarer Art aus. In Berliner Blättern findet sich folgende Beschreibung über Neuheiten im Hohenzollernmuseum:

Da sieht man das weißseidene, mit einem Spitzenüberwurf versehene Kleidchen, das Hemdchen und die kleine Mütze, welche Kaiser Friedrich III. bei seiner Taufe trug. Daneben liegen die violettseidenen, mit einer Krone besetzten Schuhe des Säuglings in einem Glaskasten auf blau-seidenem Kissen, und Kaiser Friedrich war es selbst, der auf einem Zettel die Worte beigefügt hat: „Kleiden, in welchem sich die ersten Schritte des Prinzen Friedrich Wilhelm Nikolaus Carl befanden.“ Besitzt die Taufe und Taufscheinbücher mit Wappen, Krone und Initialen sind als weitere Erinnerungen aus jener Zeit beigefügt.

Ob die ausgestellten Hemdchen, Kleidchen, Mützen und Taschentücher eines fürstlichen Knäbchens zur Befestigung monarchischer Anschauungen beitragen sollen?

Das Kriegervereinsorgan, die „Parole“, ist über die neueste Broschüre des Genossen Kautsky meschugge geworden. Es gebärdet sich wie ein vom Tropenkoller befallener „Zivilisator“ in Afrika. Das Blatt wüthet wie folgt:

Wenn der Feind vor der Grenze steht, wenn es gilt, alle Kräfte anspannen zum Schutze des Vaterlandes, wenn die Nation von allem inneren Haber absehen und wie ein Mann dastehen muß, um den äußeren Feind abzuwehren, wenn es sich nicht um Tage, sondern um Stunden handelt, um dem Einbrechen des Feindes in unsere Gasse zu begegnen, dann soll erst pallirt werden, damit den zu den Fahnen Berufenen auch die praktischen inneren Angelegenheiten gemacht werden, die sie begehren. Wahrlich, die Nothe des Hornes steigt dem deutschen Soldaten in die Wangen, wenn er dies liest. Andererseits aber möchte man der Sozialdemokratie fast dankbar sein, daß sie ihre letzten Ziele so nackt enthüllt. Wer noch einen Augenblick im Zweifel war über die Endziele der Sozialdemokratie, dem müssen hierbei die Augen aufgehen. Der deutsche Soldat hat nur ein „Fiat“ für solche hochverrätherische Zumuthungen. Den berufenen Organen des Staates haben wir es zu überlassen, wie solchem Treiben der Sozialdemokratie zu begegnen ist.

Also die Entrüstung gleich fädelweise; im Quantum mehr als genügend, in der Qualität aber Ausschußwaare. Das Blatt für Kasernenweisheit und Exzerzierplatzkultur ist doch sonst nicht immer so schnell mit der Entrüstung bei der Hand. So hat es z. B. keine Entrüstung übrig für die famose Felsenebelstochteraffäre, obwohl jene Affäre eine Herabsetzung des Standes der Unteroffiziere bedeutet, wie sie bisher noch von Niemand gewagt worden ist. Auch dann ist bei dem Blatte nichts von Entrüstung zu merken, wenn deutsche Soldaten aller Waffengattungen in den Kasernen wie Schulbuben in der schwachvollsten Weise geprügelt werden. Wenn dem Blatte die Ehre und Manneswürde der deutschen Soldaten so sehr am Herzen liegt, warum führt es seine Klänge nicht einmal ebenso wild gegen die Soldatenmißhandlungen? Mit dem Schimpfen auf die Sozialdemokraten kann das Blatt die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Männer im Waffenrock der Sozialdemokratie unendlich viel verdanken. Der sozialdemokratische Kritik ist es zu danken, daß endlich gegen die erbärmlichen Soldatenmißhandlungen vorgegangen wurde. Ebenso hat die sozialdemokratische Kritik auf die Verschaffenheit der Menage und viele andere Dinge in einer für die Soldaten sehr werthvollen und nützlichen Weise gewirkt. Das wissen auch viele Militärvereiner und stimmen deshalb auch sozialdemokratisch, trotz aller schönen Reden bei hurrapatriotischen Festen und trotz der blindwüthigen Hege des Militärvereinsorgans. Der Kitt, mit dem die Interessenten des Hurrapatriotismus haustren gehen, verliert immer mehr an Bindkraft, und mögen die Herrschaffen sitzen und kleistern wie sie wollen, ihr heute nur noch mühsam zusammengehaltene Töpschen geht in die Scherben. Wir und die ehernen Thatsachen tragen dafür Sorge, daß die hurrapatriotische und gemeinschädliche Herrlichkeit in Trümmer fällt.

Kleine politische Nachrichten. Der Verband der Kriegs- und Friedens-Faschisten und Militär-anwärter Deutschlands, mit dem Sitz in Darmstadt, beischloß auf dem Verbandstage, der dieser Tage in Bockum stattfand, die vorjährige Vorlage, die Jubiläumsparapenien betreffend, mit einigen Abänderungen bezüglich der Friedensinvaliden und Militär-anwärter, erneut im Reichstage einzubringen. Die Verschmelzung faschistischer deutscher Militärinvaliden und Anwärtervereine herbeizuführen, wurde eine aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission gewählt. Der nächste Verbandstag soll in Kreisfeld abgehalten werden. — In München ist die satirische Halbmonats-schrift „Lacifer“ konfiszirt worden. Die Majestäts-beleidigung wird erlitten in einem Gebicht „Nordlandsreise“. — Nach einem Sonntag in London veröffentlichten Bulletin hat Edward VII. die Krönung sehr gut überstanden. Da auch sonst das Allgemeinbefinden in jeder Hinsicht zufriedenstellend ist, wird von jetzt die Veröffentlichung von Bulletin eingestellt. — Die Unruhen in Siam, worüber wir dieser Tage berichteten, nehmen, wie der amerikanische Geschäftsträger in Bangkok berichtet, zu.

Dänemark. Neue Verfassung auf Jöland. Die Jöländer waren schon lange mit ihrer Verfassung, die aus dem Jahre 1874 stammt, unzufrieden und sie wünschten besonders, von einem mit ihren Verhältnissen bekannten und auf der Insel wohnenden Manne regiert zu werden. Die früheren Ministerien der Rechten wollten jedoch diesen Wunsch nicht erfüllen, sie waren zwar geneigt, einen Jöländer als Minister anzustellen, sie verlangten aber, daß er in Kopenhagen wohne. Es gelang dem Minister Rumpf, den wichtigsten politischen Führer der Jöländer, Professor Gudmundson, für diesen Kompromiß-vorschlag zu gewinnen, und das Althing nahm voriges Jahr auch diesen Vorschlag an. Eine solche Verfassungsänderung muß aber von zwei Althinge angenommen werden, um Gültigkeit zu erhalten, und im vorigen September wurde daher das Althing aufgelöst. Die neue Landesregierung ließ dann den Jöländern die Wahl, entweder den genannten Vorschlag wieder anzunehmen oder eine neue Verfassung auszuarbeiten, nach welcher der isländische Minister in Kopenhagen wohnen

soll. Bei den neuen Wahlen zum Althing blieben Gudmundson und seine Partei in der Minorität, und das neue Althing hat nun zwischen den beiden Vorschlägen die Wahl zu treffen. Es ist jedoch, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus Kopenhagen schreibt, zweifellos, daß es die Gudmundson'sche Vorlage verwerfen und die neue Vorlage annehmen wird. Danach muß der isländische Minister die Sprache der Insel vollständig beherrschen. Auch soll die Zahl der Althing-mitglieder von 30 auf 34 erhöht werden.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Streik der galizischen Landarbeiter. Wohl selten hat ein Ereigniß wirtschaftlicher Natur die öffentliche Aufmerksamkeit in so hohem Maße in Anspruch genommen, wie der Streik der galizischen Landarbeiter. Einerseits ist es der Umstand, daß die Landbevölkerung dieses asiatisch-barbarischen Kronlandes Oesterreichs zum ersten Male einen Versuch unternimmt, sich gegen die gewaltthätige Schlägzen-Herrschaft aufzulehnen, der dem Auslande Bedeutung verleiht, andererseits aber darf man nicht verkennen, daß wohl kaum ein Streik unter derartig schwierigen Verhältnissen geführt wurde, hinter dem galizischen Großgrundbesitzer steht nämlich die politische Verwaltung und die Gerichtsbarkeit des Landes, die sofort nach Ausbruch des Streiks gegen die Streikenden mit allen Mitteln der mißbrauchten Amtsgewalt in Aktion trat. Da wurden Leute, weil sie eine Versammlung einberufen hatten, zu Geld- und Arreststrafen verurtheilt und in Ketten gefesselt der Justiz überliefert. Dort wieder friedliche Versammlungen durch Militär auseinander geprenzt. Alles ist nämlich möglich und darf ungestraft geschehen in einem Verwaltungsgebiete, wo sogar vor Jahren ein einfacher Gerichtsadjunkt einen eingetretten Raubmörder kurzer Hand vorführen ließ, ihn zum Tode durch den Strang verurtheilte und sofort nach dem Henker telegraphirte! Die Hinrichtung unterblieb, weil die Sache glücklicherweise noch rechtzeitig im Parlament rückbar wurde, aber das Bild genügt, um die galizischen Zustände zu illustriren. Der gegenwärtige Streik umfaßt weit über 50 000 Menschen. Daß die Streikenden zur Herbeiführung des Friedens geneigt sind, geht daraus hervor, daß in den letzten Tagen in mehreren Orten Versammlungen stattfanden, wo über die Einigungsbedingungen mit den Grundbesitzern verhandelt werden sollte. An einem Orte brachen in eine solche Versammlung Unruhen ein, sprengten die Teilnehmer auseinander und brachten einer ganzen Anzahl von Personen Verwundungen bei. Dabei wurden 173 Personen verhaftet und mit Stricken gebunden dem Arreste eingeliefert. Viele von den Verhafteten erlittenen 24 Stunden hindurch keine Nahrung. Der Streik umfaßt jetzt 23 Bezirke und ist trotz aller offiziellen Ableugnungen eher im Zu- als im Abnehmen begriffen. Auf der Bestimmung eines dem politischen Hochadel angehörigen Gutbesizers verlangen die Streikenden 5 Kreuzer Lohnerhöhung pro Tag! Die üblichen Löhne betragen dort 15—20 Kreuzer täglich! Die Verhaftungen, die besonders nachts vorgenommen werden, dauern noch immer fort. Wie lange der Streik noch währen wird, ist bei dem Starrsinn der Großgrundbesitzer, von denen manche erklären, ihr Getreide viel lieber verkaufen zu lassen als nachzugeben, noch nicht abzusehen.

Italien.

Streiks. In der Umgebung von Ravenna streikten die Landarbeiter und die kleinen Kühenbauern. Eine Anzahl Zuderfabriken mußten den Betrieb einstellen; einige Brandstiftungen, welche in der Gegend vorkommen, sollen angeblich von den Streikenden verübt worden sein. — Die Ruffen und Hausdiener der Expeditionsgeschäfte von Mailand haben, nachdem die Unternehmer versprochen, den größten Theil ihrer Forderungen anzuerkennen, die Arbeit wieder aufgenommen. — Der Mauerstreik in Florenz endete mit einem vollkommenen Siege der Arbeiter.

Frankreich.

Zum Kulturkampfplage. Vier Maires (Bürgermeister) des Departements Saone et Loire wurden wegen ihrer Haltung in der Frage der Kongregationen ihres Amtes enthoben. Der Gerichtshof in Cholet hat zwei Priester, welche die an die Schulen gelegten Siegel abgebrochen hatten, in contumaciam zu acht Tagen bezw. 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Nicht bloß mit dem Widerstand der geistlichen und zivilbehörden hat die Regierung bei der Durchführung des Vereinsgesetzes zu rechnen, sondern auch mit den klerikalen Gesinnungen der Offiziere. Als der Präpekt in Bannes den General Frater ersuchte nach Bloermele eine Abtheilung Kavallerie zu entsenden, um die Behörden bei der Ausübung des Vereinsgesetzes zu unterstützen, beauftragte der General Frater den Oberleutnant de Saint Rémy, den Kommandeur des zweiten Jäger-Regiments in Pontivy, sich mit einer Abtheilung des Regiments dem Unterpräkten zur Verfügung zu stellen. Oberleutnant de Saint Rémy verweigerte jedoch den Gehorsam und erklärte, seine religiösen Gefühle untersagten es ihm, bei der Schließung der Ordenschulen hilfreiche Hand zu bieten. General Frater sandte darauf einen Schwabronschef nach Bloermele. Oberleutnant de Saint Rémy wurde nach dem Fort von Belle-Isle-en-mer gebracht und wird später wegen Gehorsamsverweigerung vor ein Militärgericht gestellt werden. Den Mittelpunkt des Widerstandes in der Bretagne gegen die Schließung der Ordenschulen bilden zur Stunde die drei Gemeinden Ploudaniel, Folguet und St. Reen. Die Einwohner fahren daselbst fort, mit Knütteln bewaffnet, die Schulhäuser zu bewachen; sie haben Posten aufgestellt, die die von Tag zu Tag erwartete Ankunft der Truppen erspähen sollen. In einer Gemeinde sind die Siegel zum zweiten Male abgerissen worden, nachdem man sie erneuert hatte. Die klerikalen Blätter hatten behauptet, die öffentlichen Schulen der Stadt Paris würden keinen Platz haben, um die Zöglinge der geschlossenen Ordenschulen aufzunehmen. Demgegenüber theilt nun die Seinepräpektur mit, daß die 15 in Paris geschlossenen Schulen nur 347 Schüler zählten, die öffentlichen Schulen der Stadt aber 4825 Plätze frei haben. Danach würden also mit Beginn des neuen Schuljahres die Zöglinge der in Paris geschlossenen Ordenschulen sehr wohl in den öffentlichen untergebracht werden können. Die Kundgebungen in Paris für und wider die Schließung der Ordenschulen waren am letzten Sonntag bedeutungslos.

Arbeiterbewegung und Prosperität. Der Pariser "Temps" kann es sich nicht verlagern, seiner Freude über die Niederlage der Sozialisten in Marseille Ausdruck zu geben. Das republikanische Blatt zieht eine Parallele zwischen Genua und Marseille; das erstere begünne den Hafen von Marseille mehr und mehr zu überflügeln, es entwickle sich zur "Königin des Mittelmeeres". Daran sei Schuld die sozialistische Herrschaft in der französischen Hafenstadt. Um seine Oberherrschaft zu behaupten, müßten diese ewigen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit" aufhören, müßte Marseille von der "Tyrannei der Kollektivistin" befreit werden. Das genannte Blatt stützt sich bei seinen Ausführungen auf eine Schrift des französischen Konsuls in Genua und hofft, daß Marseille nunmehr einen großen Aufschwung nehmen werde. — Der "Temps" und der französische Konsul, auf den sich das Blatt beruft, hauen vollkommen daneben. Wenn die hochgehenden Wogen der Arbeiterbewegung, wenn Streiks Schuld sein sollen, die Prosperität einer Stadt einzuschränken, so müßten Handel und Schifffahrt in Genua ganz und gar darniederliegen, denn es giebt wohl kaum eine Stadt Italiens, in der in den letzten Jahren soviel gestreikt worden ist, wie gerade in Genua. Fast kein Beruf, der nicht in die Streikbewegung eingetreten wäre; in erster Reihe gerade diejenigen des Handels und der Schifffahrt. Die Streiks in Genua sind auch meist erfolgreich für die Arbeiter verlaufen, sie haben Lohnerhöhungen durchgebrückt und haben sich Organisationen geschaffen. Es wird im Gegenteil der Schluss zu ziehen sein, daß ihre verbesserte Lebenslage, ihr erhöhtes Einkommen nicht ohne günstige Rückwirkung gewesen sein wird, auf die Entwicklung des Hafens und der Stadt, auf das Wohlbefinden der Allgemeinheit.

Belgien.

Der verstorbene Lukas Meyer, von dessen Tod wir in der Sonntagsnummer meldeten, war in der letzten Zeit des Bestandes der Republik Transvaal Präsident des Volksraats. Seine militärischen Fähigkeiten hatte er in den Kriegen gegen die Eingeborenen mehrfach bewiesen, und als der Krieg gegen England ausbrach, führte er eine der ersten Burenkolonnen, die in Natal einmarschierten. Sein Name ist auch mit dem ersten größeren Gescheh des Krieges verbunden, denn er kommandierte die Transvaaler in dem blutigen Kampfe bei Glencoe, der mit einem Siege der Engländer endigte, weil Meyer von dem faumseligen Erasmus im Stiche gelassen wurde. In den späteren Perioden des Krieges trat Meyer neben anderen Burengeneralen, wie Botha, De Wet, Delarey u. s. w. weniger hervor, und sein Name wurde erst wieder beim Beginn der Friedensverhandlungen genannt; wie erinnerlich, war Lukas Meyer Mitglied der Transvaalkommission, die mit Kitcheners Erlaubnis durch die englischen Linien nach Kroomstadt reiste, um sich mit der Regierung des Oranjerestaates behufs Einleitung von Verhandlungen ins Benehmen zu setzen.

Türkei.

Wenn man Gehalt verlangt . . . Zwölf zur Besatzung von Larshane gehörige Offiziere wandten sich unter Führung eines Obersten wegen Auszahlung größerer Gehaltsrückstände an den Artillerie-Minister. Sämtliche Beschwerdeführer wurden am nächsten Tage nach Erzindjan in die Verbannung geschickt!

Äfrika.

Ueber einen Kolonialskandal im Kongostaat berichtet die "Deutsche Kol.-Ztg." nach der englischen Zeitschrift "Westafrika": Es handelt sich diesmal nicht um einen jener bestialischen Gewaltakte gegen Eingeborene, die im Kongostaat an der Tagesordnung sind, sondern um die Vergewaltigung eines weißen Händlers durch eine von dem Kongostaat privilegierte Handelsgesellschaft. Diese, die Katanga-Gesellschaft, hatte entgegen den internationalen Verträgen, wonach der Handel im Kongostaat vollständig frei sein und der Staat selbst keinen Handel treiben soll, mit dem Staat einen Vertrag abgeschlossen, wonach ihr gegen eine hohe Gewinnbeteiligung des Staates innerhalb eines gewissen Gebietes das Monopol des Kauffchuhhandels verliehen wurde. Zu den Händlern, die bisher in dem betreffenden Gebiet Kauffchuhhandel getrieben hatten und denen nunmehr, schleunigst mittels Ausweisung das Handwerk gelegt wurde, gehörte auch ein Oesterreicher Namens Rabinet, der für eine deutsche Firma, Ludwig Deuß u. Co., gearbeitet hatte. Auf diesen Händler, der sich auf englisches Gebiet begeben hatte, war nun die Katanga-Gesellschaft aus bestimmten Ursachen nicht gut zu sprechen, sie schandete deshalb auf ihn und nahm ihn auf einem englischen Schiffe unter Verletzung der englischen Grenze gefangen. Rabinet wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wegen angeblich unberechtigten Handels mit Kauffchuh und Elfenbein und des Vertriebes von Feuerwaffen. Außerdem wurden ihm seine Waaren, deren Menge die Firma Deuß u. Co. auf 30 000 Kilogramm Kauffchuh allein schätzte, weggenommen. Dann wurde er einer Abtheilung eingeborener Soldaten übergeben, die ihn nach Boma an der Mündung des Kongos zur Verbüßung seiner Strafe bringen sollten. Vor Kummer und Aerger und unter der rohen Behandlung der eingeborenen Soldaten ist Rabinet auf dieser Reise gestorben. Möglicherweise wird diese neueste Greuelthat des Kongostaates die drei Mächte, die an der Affaire beteiligt sind, Oesterreich, Deutschland und England, diesmal zu einem Einschreiten veranlassen, wozu diesen "Kulturstaaten" die noch so bestialische Niedermetzelung zahlloser Eingeborener bisher keinerlei Anlaß gab.

Amerika.

Die Kämpfe auf dem Isthmus. Einem Telegramm aus Port of Spain zufolge haben die kubaanischen Barceloneta (Venezuela) nach dreitägigem Straßenkampfe genommen. Auf Seite der Regierungstruppen fielen General Bravo und 60 Mann.

Haiti.

Die aufständische Bewegung auf Haiti hat abermals zu schwerem Blutvergießen geführt. Nach einem Telegramm aus Port-au-Prince griffen 400 Freiwillige, Anhänger des Präsidentenstandes Foucard, und ein Regiment regulärer Truppen die Anhänger Firmus Freitag Abend bei Gouave-Petit an. Nach dem Kampfe flohen sie Gouave-Petit in Brand und ergriffen die Flucht. Die Stadt ist niedergebrannt bis auf zwei Ge-

bäude, welche Deutschen gehören. 50 Anhänger Firmus wurden getödtet und 15 verwundet; diese flüchteten sich in ein Haus, das mit ihnen ein Raub der Flammen wurde. Die Angreifer hatten auch große Verluste zu verzeichnen. Nach einer späteren Meldung leistete bei dem Brande von Gouave-Petit der französische Kreuzer "Dassas" den Einwohnern Hilfe. Die Artillerietruppen nahmen Marmelade wieder ein. General Sarnave steht nur 2 Stunden von Cap-Haitien entfernt. Ein Ende der Kämpfe ist noch nicht abzusehen.

Wühel und Nachbargeliebte.

Dienstag, den 12. August.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Die Tabak- und Zigarrenarbeiter werden gewarnt, nach Dänemark zu reisen, da allein in Kopenhagen 300 Tabakarbeiter arbeitslos sind.

Wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes (§ 316 des Str.-G.-B.) hatte sich am Montag der geprüfte Lokomotivheizer R. Hartmann von der hiesigen Ferienstrasskammer zu verantworten. Es handelt sich um den noch glücklich vertheteten Zusammenstoß zwischen dem Travemünder und Eutiner Zug am Nachmittag des 5. Mat, worüber wir j. Zt. ausführlich berichtet haben. Wäre es nicht gelungen, beide Züge noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen, so hätte sich ein Unglück von unabsehbarer Tragweite ereignen können. H. wurde nun zur Last gelegt, das Signal "Halt" nicht beachtet und dadurch den Transport gefährdet zu haben. Zu seiner Entschuldigung führte H. in der Verhandlung an, daß er die fragliche Strecke an jenem Tage seit langer Zeit zum ersten Mal wieder befahren, und daß er einen Pfahl der elektrischen Lichtanlagen für den auf Weiterfahrt gestellten Signalmast angesehen habe. Die vernommenen Zeugen bezweifelten indessen die Möglichkeit eines solchen Irrthums, zumal es erst Nachmittags gegen 5 1/4 Uhr gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen den schon häufig disziplinarisch bestrafte Beamten 6 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte nur auf 3 Monate, sprach jedoch dem Angeklagten zugleich die Befähigung ab, je wieder eine derartige Stellung zu bekleiden.

Einem bösen Schwindel sind einige hiesige Zeitungen zum Opfer gefallen, die Annoncen zu jedem Ramschpreise aufzunehmen pflegen, und im Weiteren jedenfalls auch unzählige Ansichtspostkartensammler. In den letzten Wochen prangten in zwei hiesigen Wältern, ebenso wie in vielen anderen deutschen Zeitungen, große Anzeigen, durch welche "prachtvolle Krönungspostkarten" aus Anlaß der Krönung Königs Eduards VII. angeboten wurden, die am Krönungstage an die der "Continental Publishing Company" aufgegebenen Adressen gegen vorherige Einsendung des Betrages verandt werden sollten. Dem Infectionsauftrage war zugleich ein Scheck in der Höhe der Einrückungsgebühr auf die "Königlich Britische Royal-Bank" beigefügt. Eine solche Bank giebt es indessen, wie durch telegraphische Anfrage eines Erfurter Blattes festgestellt wurde, in London garnicht. Die annoncenhungrigen Wältern, welche auf den Schwindel hineingefallen, sind weniger zu bedauern, als die armen Postkartensammler, die zwar ihr Geld losgeworden sind, aber niemals die so sehnsüchtig erwarteten Krönungspostkarten erhalten werden. Wie werden sich die Londoner Gauner über das Geschäft ins Fäustchen lachen!

Aus dem Gerichtssaal. Wegen thätlicher Beleidigung und Hausfriedensbruchs verurtheilte am Montag die Ferienstrasskammer den bisher noch unbestraften Lotjen L. K. aus Travemünde zu 100 Mk. Geldstrafe. K., ein schon bejahrter Mann, hatte ein junges Mädchen auf deren eigenes Ersuchen nach Hause begleitet, um sie gegen Judringlichkeiten anderer Männer zu schützen. Das junge Mädchen sollte jedoch bald die Erfahrung machen, daß sie den Voch zum Gärtner erwählt hatte; denn als es ans Abschiednehmen ging, benahm sich K. so "liebendwürdig", daß er sich jetzt vor Gericht zu verantworten hatte, das dann auf obige Strafe erkannte. — Einen Noth im Werthe von 5 Mk. Stahl bei passender Gelegenheit der schon mehrfach mit Zuchthaus, Gefängnis und Arbeitshaus vorbestrafte Arbeiter K. aus Türkwitz einem hiesigen Gärtner. Trotz der Geringfügigkeit des Objekts verurtheilte ihn die Ferienkammer wegen seiner Rückfälligkeit zu einem Jahre Zuchthaus. — Ein unüberlegter Streich führte den Eisenbahn-Angestellten B. auf die Anklagebank. Er gab sich in der Trunkenheit zwei reisenden Handwerksburschen gegenüber als Kriminalbeamter aus und ließ sich deren Ausweispapiere vorlegen. Diese unbefugte Annahmung und Ausübung eines Amtes kostete ihn 30 Mark Geldstrafe. — Bei einem Einbruch wurden, wie damals auch von uns gemeldet, am 18. Juli der Maurer Kn. gen. E. und der Maurer und Handelsmann W. abgefagt; sie wollten sich eben daran machen, einer Villa auf der Mauerbahn einen Besuch abzustatten, als sie bemerkt wurden. Außerdem wurde Kn., der schon mehrfach vorbestraft ist, darunter 5 Jahre Zuchthaus wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange, noch zur Last gelegt, in der Trunkenheit verschiedene, seiner Logiswirtin gehörige Sachen zertrümmert zu haben. Die Ferienkammer verurtheilte K. wegen der beiden Vergehen zu 7 Monaten Gefängnis, während W. mit 4 Monaten wegen Diebstahlsversuches davon kam.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Strahlensteiches betrug Montag 16 1/2 Grad Celsius.

Das Wettschwimmen, welches der I. Lübecker Schwimmverein am Sonntag vor der Badeanstalt im Strahlensteich veranstaltete, hatte einen ziemlich großen Zuschauerkreis angezogen, jedenfalls der beste Beweis, welches Interesse man derartigen Veranstaltungen hier allmählich entgegenbringt. Nachdem 24 Schwimmerschüler der Dom-Knabenschule nach den Klängen eines Marches unter Leitung des Zurnlehrers Zimmermann einen Reigen vorgeführt hatten, begannen die einzelnen Wettschwimmer. Im Jugendschwimmen siegten in Gruppe A (offen für Knaben unter 13 Jahren; Bahnlänge 100 Meter) die Knaben B. Klempner und B. Kahl; in Gruppe B (Knaben unter 15 Jahren; Bahnlänge 100 Meter) G. Hahn, B. Koeber, J. Stapelfeld und R. Schreiermann; in Gruppe C (unter 17 Jahren; Bahnlänge 200 Meter) D. Dettmann und Ed. Franz. Im Mädchen-Schwimmen (offen für Mädchen unter 15 Jahren; Bahnlänge 100 Meter) gingen als Siegerinnen hervor: R. Gloe, M. Reuter, Fr. Friß, S. Jorde. Im Armanterausgeschwimmen

(Bahnlänge 200 Meter; jede Schwimmar ist erlaubt) siegten Edga Scharrf und Carl Bongnet. Im Jugendbpringen (es waren 6 Pflichtsprünge auszuführen) siegten Richard Erard und E. Eisfeldt. Beim Schwimmen um die Meisterschaft von Lübeck (600 Meter) ging R. Reitelbors als Sieger durchs Ziel; als Gegner stand ihm lediglich Fr. Schulz gegenüber. Das Damen-Schwimmen über 200 Meter ergab für Else Kohrbahn und Alina Lange den Sieg. Im Rüdenschwimmen (100 Meter) siegten Fr. Kühn (1 Min. 53 Sek.) und M. Reitelbors (1 Min. 55 Sek.). Im Hauptschwimmen (offen für alle Herrenschwimmer, Meisterschwimmer sind ausgeschlossen; jede Schwimmar ist erlaubt; Bahnlänge 400 Meter) ging Ed. Scharrf als Einziger durchs Ziel, nachdem der andere Mitbewerber nach etwa 150 zurückgelegten Metern das Schwimmen aufgegeben hatte. Im Hauptbpringen (6 Pflichtsprünge, 2 Kücksprünge) siegte bei 4 Theilnehmern Zurnlehrer Zimmermann mit 32 1/2 Punkten. Die Preise im Schulschwimmen errangen Fr. Schulz und H. Bapte. Beim Schwimmen in Kleidung (Drillanzug, ist ausgeschlossen) gingen G. Hahn, D. Dettmann und Fr. Kühn als Sieger hervor. Die Wasserwärme betrug 17 1/2 Grad Celsius. Um 8 Uhr fand im Saale des Kontordia-Gartens die Preisvertheilung statt.

In das Handelsregister ist am 9. August eingetragen: die Firma Erich Wolpers mit dem Sitz in Lübeck; Inhaber: F. E. A. E. Wolpers, Kaufmann in Lübeck.

Diebstähle. Eine in der Mühlenstraße wohnhafte Wittve brachte zur Anzeige, daß am 11. d. M. Nachmittags zwischen 12 und 2 Uhr aus dem verschlossenen Zimmer ihrer Tochter eine aus einem 10 Markstück mit dem Bildniß des Kaisers Friedrich gefertigte Broche, eine kleine rothe Broche, einen Käfer darstellend, eine Korallenbroche mit kleinen weißen Perlen, eine Korallenkette mit Schloß und ein Paar Morgenschuhe aus rothem Leder mit weißer Lammfellfütterung gestohlen seien. — Des Weiteren wurde gestern Nachmittags aus einem an der Moltkestraße belegenen Hause ein 20 Markstück, ein 10 Markstück und eine goldene Halskette mit kleinem herzförmigen Schieber gestohlen.

Festgenommenen wurden am gestrigen Tage 5 Personen wegen Bettelns.

Parteigenossen im Fürstenthum! Seht die Wählerlisten ein. Nur wer in der Wählerliste verzeichnet steht, ist stimmberichtig!

Stodelsdorf. Achtung, Parteigenossen! Kommen Sonntag, den 17. August, nachmittags 4 Uhr, findet bei P. Evers in Ahrensböck eine öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: "Die bisherige Thätigkeit des Landtages und die Aufgabe der Wähler; Referent Genosse A. Kahl, Harburg. Wer von den Genossen Stodelsdorfs sich freiwillig an der Fahrt zu dieser Versammlung theilnehmen will, wird ersucht, sich bis Donnerstag beim Gen. E. Evers zu melden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargeliebte.

In der Aussprung der Hamburger Klempner hat sich im Allgemeinen nichts geändert. Etwa 250 Arbeitswilige haben die Unternehmer von auswärts herangezogen. Ausgesperrt sind 925 Klempner und 56 Hilfsarbeiter, die sämtlich unverdrossen im Kampf aushalten. — Den Mitgliedern der Verwaltungsstellen Harburg, Altona und Wandsbek des Transportarbeiter-Verbandes, welche zu dem am Sonntag, den 10. August stattgefundenen zweiten Sommervergügen im "Hornor Park" einen Festzug geplant hatten, wurde dieser von der Polizeibehörde ohne Angabe von Gründen verboten. Auch der zum Donnerstag den 14. d. Mts. vom Verband der Bäcker geplante Festzug ist polizeilich verboten worden. Durch dieses Vorgehen der Hamburger Polizeibehörde werden hoffentlich alle Arbeiter, welche in der Lage sind, das Bürgerrecht zu erwerben, angefeuert werden, am im nächsten Jahre bei der Bürger-schaftswahl eine gehörige Antwort auf das beliebte System der Polizeibehörde zu geben.

Kleine Chronik der Nachbargeliebte.

Der 13-jährige Knabe Sch., der im Verdacht stand, das Feuer in einem Rathen des Bauhofes in Schönberg durch böswillige Brandstiftung verursacht zu haben und deshalb unlängst in Haft genommen wurde, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Durch Ertrinken ihrem Leben ein Ende gemacht hat Sonntag Mittag in Lauenburg die in den vierziger Jahren lebende Ehefrau des Wirtshausbesizers H. Der hinterm Ohr in den Kopf gefeuerte Revolverkugeln ist unmittelbar tödtlich gewesen. Der Grund des Selbstmordes ist unbekannt. — Der Untersuchungsrichter hat nach der Prüfung des Aktenmaterials der Primuskatastrophe Anklage gegen beide Schiffsführer erhoben. Der Termin findet in kurzem vor dem Landgericht in Altona statt. — Wegen Verbrechens gegen 176 I des Militär-Strafgesetzbuchs (Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gewalt) wurde gegen den Sergeanten P. der 7. Kompagnie des Infanterie-Regiments Graf Joffe (1. Thüring.) Nr. 31 vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps in Altona verhandelt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endigte mit der Verurteilung des Angeklagten zu 7 Monaten Gefängnis und Degradation. — Ein Kirchenraub wurde in der Nacht zum Sonnabend in der Kirche zu Mossburg bei Harburg verübt. Den Spitzhuten fielen 4 silberne Armleuchter in die Hände. Von den Dieben fehlt noch jede Spur. — Bei einem Brande, der Sonnabend Abend an dem Hause des Kolonialwarenhandlers Bierwirth in Harburg die eine Hälfte des Dachstuhles einäscherte, erstickte leider ein älteres Fräulein, das nicht rechtzeitig gerettet werden konnte. — Sonntag Nachmittags fiel in Neumünster das 1 1/2-jährige Kind des Barbiers Pent aus dem Fenster der Etage. Trotz der geringen Höhe verlor das Kind an den Folgen des Falles, da es sich einen Schädelbruch zugezogen hatte. — In diesen Tagen stellte der königliche Oberstaatsanwalt bei seiner Vernehmung im Nordostsee-Kanal fest, daß junge Heringe in großen Schwärmen aus dem Kanal zum Meere hinabstiegen. Es ist dies ein neuer Beweis, daß der Kanal für die Küstfischerei von großer Bedeutung werden wird. — In der Kieler Nacht kollidierte der schwedische Schooner "Thor" mit einem unbekanntem schwedischen Segelschiff. Beide Schiffe wurden schwer beschädigt. Das unbekanntes Schiff sank sofort. Der "Thor" ward bei Fehmarn auf Strand gesetzt. Die Mannschaften beider Schiffe sind gerettet.

Harburg. Eine gerichtliche Korrektur polizeilichen Vorgehens. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde gegen einen Zimmerer verhandelt, der durch einen Polizeibeamten von einem Platz vor dem Bahn-

Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Fortsetzung.

Eine allgemeine Ueberraschung bereitete die kaiserliche Rundgebung, welche die Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen verkündete. Infolge derselben ging dem Reichstage alsbald ein Gesetz, betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen zu. Es wurden hierdurch Ausnahme-gewalten beseitigt, über welche sich die elsass-lothringische Bevölkerung lange mit Recht, aber vergeblich beschwert hatte. Bei dem Kampfe gegen den Diktaturparagraphen hatten wir Sozialdemokraten an der Seite der elsassischen Bevölkerung gestanden. Der Diktaturparagraph gab dem Oberpräsidenten das Recht, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln zu ergreifen, welche er „zur Abwendung der Gefahr“ für erforderlich erachtete, so namentlich zu polizeilichen Zwecken Truppen zu requirieren. Als der Gesetzentwurf im Reichstage zur Verathung stand, schwamm Alles in Wonne, und die Konservativen bewiesen durch die glatte Schwenkung, mit der sie, nach Jahre langem, heftigstem Widerstande, sich jetzt plötzlich auch für die Beseitigung aussprachen, was von den „Gründen“ zu halten ist, mit denen sie stets ihren Widerspruch gegen fortschrittliche Maßregeln maskirten. Die Elsaß-Lothringer betraten nach der Reihe die Rednertribüne, um sich für die Aufhebung des Diktaturparagraphen zu bedanken, welche ein Zentrumsabgeordneter als ein „Geschenk“ bezeichnete. In diesen Ton stimmte unsere Fraktion nicht ein. Wir ließen durch unseren Redner sagen, daß mit der Aufhebung nur endlich geschehen sei, was wir Sozialdemokraten Jahrzehnte lang gefordert hatten, und wiesen im Uebrigen darauf hin, daß von dem Ausnahmezustand in den Reichslanden noch genug bestehen bliebe, was aufgehoben zu werden verdiene. Als nächst zu Erstrebenendes bezeichnete unser Redner ein wirkliches Wahlrecht zum Landesausschuß, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht und die Aufhebung des jehigen, aus der Zeit Napoleons III. stammenden, sowie endlich die Aufhebung des jehigen und Einführung des allgemeinen deutschen Pressegesetzes. Mit diesen Motivierungen stimmten wir der Aufhebung zu. Auch nach dieser Aufhebung des Diktaturparagraphen regiert in Elsaß-Lothringen der alte Polizeigeist weiter, wie das Auftreten des Staatssekretärs der Reichslande, v. Köller, im Reichstage bewies.

Unter den Steuergesetzen wurde das aus der vorigen Session noch rückständige Schaumweinsteuer-Gesetz nunmehr erledigt. Das Gesetz soll zur Deckung der Unkosten beitragen, die der Marinismus uns verursacht, und schon aus dem Grunde hatten wir keine Ursache, dafür zu stimmen. Es belastet aber auch die Industrie und drückt gerade die mittleren Sorten Schaumweine. Wollten die herrschenden Parteien mit dem Gesetz eine „Luzussteuer“ schaffen, wie sie sagten, so war es ihnen ja unbenommen, endlich den Besitz durch eine Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer kräftig zur Tragung der Lasten der kostspieligen Welt- und Marinepolitik des Reiches heranzuziehen. Da sie hieran aber nicht denken, so ist auch das angenommene Gesetz nur ein Palliativmittelchen, dem die Fraktion ihre Zustimmung versagte.

Die Branntweinsteuer-Vorlage konnte im Mai 1901, trotz aller Bemühungen der Agrarier, nicht unter Dach und Fach gebracht werden. Es war uns bekanntlich gelungen, die Beschlussfähigkeit zu konstatieren, wodurch den Spiritusjüngern und ihrer Spirituszentrale ein arger Pöffen gespielt war. Beim Wiederzusammentritt des Reichstages war nun, auf Betreiben der Spiritusleute, ein Kompromißantrag zwischen der Rechten, einigen Nationalliberalen und dem Zen-

trum zu Stande gekommen, welches die im Mai des Vorjahres verachtete Liebesgabenpolitik auf andere Weise fortsetzen sollte. Die Vorlage ging nun zunächst wieder an die Kommission zurück, und in der Sucht, den Profit der Spiritusbrenner zu retten, hatte die Kommissionsmehrheit an dem Gesetz so vielgestaltige Abänderungsbestimmungen getroffen, daß ihre Beschlüsse ein ganz neues Gesetz darstellten. Diese Kommissionsarbeit wurde wiederum gegen das Ende der Tagung dem Reichstage zur dritten Lesung vorgelegt. Unsere Fraktion übte eine scharfe Kritik an den Schönheiten der Spiritusgesetzgebung. Wir forderten die Abschaffung der hohen Spiritusbesteuerung, welche die Ausbreitung der Trunksucht in keiner Weise hindere, wohl aber eine Liebesgabe von 48 Millionen Mark aus den Taschen der Trinkbranntwein-Konsumenten an die Brenner möglich mache. Die Spiritusindustrie besitze an und für sich durchaus nicht die Existenzberechtigung, welche ihr die Spiritusinteressenten zuschreiben. Diese enorme Spiritusproduktion sei erst künstlich durch die unerhörten Preissteigerungen der Zentrale für Spiritusverwertung erweckt worden. Der Krach werde doch kommen. Nicht durch die Spiritusliebesgabe werde die „Gesundung des Kartoffelbaues“ bewirkt werden, sondern durch den Anbau besserer Kartoffelarten, die zwar nicht die großen Erträge lieferten, wie mit Hilfe der Liebesgabe die minderwertigen Kartoffel, dafür aber der großen Masse der Bevölkerung nütze. Diese Liebesgabe nütze überdies nur den größeren Brennereien Deutschlands und nicht den mittleren und kleineren Brennereien. Wir legten Verwahrung gegen eine derartige Gesetzgebung ein.

Auf unsere Einwände erwiderte die Regierung, daß bei jeder Steuer auf die großen erwerbenden Industrien Rücksicht genommen werden müsse, und als die Spiritussteuer auf das Vierfache erhöht werden mußte, man den landwirtschaftlichen Brennereien, um sie existenzfähig zu erhalten, eine staatliche Unterstützung habe geben müssen. Das könne man doch keine Liebesgabe nennen. Und die Agrarier, die nach dem Grundsatz handeln: „Fusel brennen, das ist fein — Fusel trinken, wie gemein!“ beschuldigten uns, wegen unseres Widerstandes gegen die Liebesgabenpolitik einer „latenten Sympathie für den Konsum von Spiritus“. Auch die wackeren Polen halfen hier, wo es sich um agrarische Geldbeutel-Interessen handelte, weiblich den preußischen Junkern gegen die sozialdemokratische Opposition.

Bei der Abstimmung suchten wir den 1889 aufgehobenen Reinigungszwang wieder einzuführen. Dies erschien uns notwendig angesichts der Thatfache, daß gerade die kleineren Brennereien auf dem Lande stark fuselhaltigen Spiritus produzieren. Ob dieser oder jener Brenner, dessen Produkt sich dann als gesundheitschädlich herausstellt, zu Grunde geht, konnte uns gleichgültiger sein, als wenn viele Trinker an dem Genuß von Fusel ihre Gesundheit total zerrütten. Natürlich war die agrarische Mehrheit hierfür nicht zu haben. Ferner verlangten wir die Aufhebung der Maischraum- und Materialsteuer, die den großen Brennereien eine versteckte Liebesgabe von fünf Millionen Mark zuführt, und verlangten an Stelle der Maischbottichsteuer eine Verbrauchsabgabe. Ferner forderten wir die Streichung der dritten Liebesgabe, der Brennsteuer. Die Brennsteuer wird nicht von den Brennern, sondern von dem konsumierenden Publikum getragen und zwar in Höhe von elf bis zwölf Millionen Mark jährlich, sodaß die Gesamt-Liebesgabe 190 Millionen Mark beträgt; 130 Millionen gehen in die Staatskasse, 60 Millionen in die Taschen der Brenner. So verjachten wir auch bei den folgenden Paragraphen der agrarischen Gesetzgebung die schlimmsten Fährten auszubrechen, scheiterten jedoch immer an dem Widerstande der Mehrheit. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz.

Es wurde aber schließlich eine Resolution angenommen, welche den Reichstanzler ersucht, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Maischbottichsteuer und deren Ersatz durch einen Zuschlag

zur Verbrauchsabgabe, vorzulegen; ferner dafür Sorge zu tragen, daß das Mischen der Hefe mit Stärkemehl, Kartoffel und Bierhese und das Feilhalten solcher gemischten Hefe verboten werde.

Die Abänderung des Zuckersteuergesetzes war durch die Brüsseler Zuckerkonvention nothwendig geworden. Die Zuckerkonvention war am 5. März d. Js. seitens der Regierungen unterzeichnet worden, nachdem endlich die deutsche Regierung ihren verzögernden Widerstand aufgegeben hatte. Nachdem die Zollpolitik der Zuckerkarteile nicht nur die Konsumenten in der schamlosesten Weise ausgeplündert, sondern auch die Zuckerindustrie durch eine schlimme Ueberproduktion schwer gefährdet hatte, waren Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zucker, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Holland, als die Hauptexportländer für Zucker, mit einziger Ausnahme Rußlands, zu einem Vertrage zusammen getreten, der eine Art Abrüstungspolitik auf dem einen Gebiete des Schutzzolles darstellte. Die Exportländer verpflichteten sich, alle direkten und indirekten Prämien auf die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker bedingungslos abzuschaffen. Um zu verhindern, daß in Zukunft die Zuckerindustrie eines Landes, unter hohem Zollschutz, mit Hilfe von Kartellen und Syndikaten den Zuckerpreis in die Höhe treibt und dadurch Vortheile zieht, die den vertraglich abgeschafften Prämien gleichkämen, wurde ferner bestimmt, daß die sogenannte „Surtax“ (Ueberzoll), d. h. der Unterschied zwischen der Zoll- und Steuerbelastung des eingeführten ausländischen Zuckers und der Belastung des inländischen Zuckers, auf einen Höchstbetrag festgesetzt werde, der bei Raffinade und ausländischem Zucker 6 Franks und bei rohem Zucker 5 1/2 Franks für 100 Kg. nicht überschreiten darf. Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zucker, übernahm gleichfalls die Verpflichtung, daß es Prämien nicht gewähren werde. Ferner übernahm dieses Land die Verpflichtung, während der Dauer des Vertrages, den Zucker seiner Kolonien nicht günstiger, als den Zucker der Vertragsstaaten zu behandeln. Der Zucker jener Länder, die den Vertrag nicht mit unterzeichneten, soll zum Ausgleich der Prämien, die er im Ursprungslande genießt, oder der Vortheile, die sich aus einem dort bestehenden zu hohen Ueberzoll ergeben, mit einem Strafzoll belegt oder durch ein Einfuhrverbot ausgeschlossen werden. Der Vertrag wurde auf 5 Jahre geschlossen und tritt am 1. September 1903 in Kraft.

Durch die Konvention wurden den ausbeuterischen Zuckerkartellen Jügel angelegt und die Zuckeragrarier begannen deshalb gewaltigen Lärm zu schlagen. Aber der Banterott, zu dem die Hochschulzöllnerei in der Zuckerindustrie geführt hat, ist zu offensichtlich, als daß sich die Zuckerinteressenten der internationalen Regelung dauernd hätten entziehen können.

Der Entwurf zu einem neuen Zuckersteuergesetz paßte sich der durch die Annahme der Konvention geschaffenen Lage an.

Die Zuckerjunker übten zunächst gegen den Brüsseler Vertrag Opposition. Doch wurden sie schließlich mit derselben zu Schanden. Unsere Fraktion stimmte nicht bloß für die Konvention, sondern führte dem Reichstage auch bei dieser Gelegenheit die ganz verderbliche Liebesgabenwirtschaft wieder vor Augen. Unser Redner zeigte, daß die ganze Zuckerindustrie ein künstlich aufgepöppeltes Produkt sei. Entstanden in der Zeit der napoleonischen Kontinental Sperre, da der Kolonialzucker ausgepöppelt war, wurden mit Unterstützung der preussischen Regierung die ersten Fabriken gegründet, welche nach dem Rezept des Berliner Apothekers Wagggraff aus der Runkelrübe Zucker gewannen. Sie brachen zusammen, als mit Aufhebung der Kontinental Sperre der Kolonialzucker wieder hereinkam. Der Staat begann nun große Unterstützungen zu geben, die den Ueberzucker gegenüber dem Kolonialzucker konkurrenzfähig machen sollten, und die schließlich zu dem ausgebauten System der heutigen Prämienwirtschaft führten. Die versteckte Prämie reizte

Der Sucinianer.

Eine Kriminalgeschichte aus Lübeck, die vor zweihundert Jahren passirt ist.

(7. Fortsetzung.)

„Ach was!“ entgegnete Anna unwillig. „Ich will zu ihm, zu meinem Geliebten! Den Bürgermeister können wir später auffuchen. Gestern Abend sprachst Du anders, Mutter!“

„Das that ich allerdings, aber ich habe mich diese Nacht besonnen und bin zu der Ansicht gekommen, daß sich die Gefängnisthür für uns nur mit Bewilligung des Bürgermeisters öffnen wird, daß wir also ihn erst sprechen müssen, um diese Erlaubniß zu erhalten.“

„Es ist aber Dein einziger Sohn, Mutter! Er ist unschuldig und er ist zum Tode verurtheilt! Er hat in der großen Stadt keinen Freund, keinen Menschen, der ihm Trost bringt. Und wenn keine Hilfe kommt, so tödten sie ihn. Was soll dann aus mir werden? Wenn Peter stirbt, dann will ich mit ihm sterben. Komm, Mutter, laß uns nach Lübeck eilen, daß wir ihn retten.“

„Du bist krank, Anna, recht krank, und Du bist nicht im Stande, den Weg nach Lübeck zu Fuß zurückzulegen. Darum höre auf meine Worte: Wir bleiben hier, bis sich eine Fahrgelegenheit findet. Und dabei bleibst“, antwortete die Alte in einem Tone, der jeden Widerspruch abschchnitt.

Das Mädchen schwieg und sah still weinend zum Fenster hinaus. Sie dachte sehnsüchtvoll und betrübte an den geliebten Mann, der nicht bloß ihr Bräutigam, sondern auch der Vater des unter ihrem Herzen schlummernden Kindes war.

Die Wittwe Gänther ordnete inzwischen ihre Kleider und machte sich fertig zur Reise. Plötzlich ballte sie die Hände und streckte sie drohend nach Lübeck hin aus.

Nach einigen Minuten ließ sie dieselben sinken und begann das Gespräch von Neuem: „Bezahme doch Deinen Schmerz, Anna! Wir müssen uns in Schuld fassen, denn gegen sein Schicksal kann Niemand kämpfen. Du warst ja diejenige, die nach Lübeck warbern wollte, während ich die Reise von vornherein für unnütz hielt.“

„Hast Du denn nicht die kleinste Hoffnung, Mutter? Peter ist ja doch unschuldig?“

Die Alte blickte das Mädchen durchdringend an und schüttelte langsam den Kopf.

„Von Deinem Besuche bei dem Bürgermeister verspreche ich mir nichts! Wie oft soll ich Dir sagen, daß alle Reichen und Glücklichen stolz und unbarmherzig sind?“

„O nein, Mutter, nein!“ erwiderte Anna. „Der Herr Bürgermeister Kerdring soll ein menschenfreundlicher Herr sein. Alle Leute rühmen seine Herzengüte und Peter selbst rühmt seine Theilnahme für ihn. O gewiß, er wird uns erhören!“

In diesem Augenblick klopfte der Wirth an die Thür und fragte: „Schön wach, Frau Gänther?“ „Kommt nur herein, Schwanewirth!“ antwortete die Alte und öffnete die Thür. Ihr hab wohl wenig Schlaf gehabt. Die Fiedel wurde ja die ganze Nacht gestrichen und ohne Unterbrechung getanzt und getrunken. Da gab es gewiß vollauf zu thun.“

„Freilich, an Schlaf war nicht zu denken“, schmunzelte der Wirth. „Aber dennoch möchte ich in jedem Monat einen Jahrmarkt haben wie diesen und ein Geschäft machen wie gestern. Das bringt Geld und Geld ist doch das Beste, was man sich wünschen kann.“

„Noch immer so geldgierig“, krasste ihn die Wittwe Gänther. „Und noch dazu in Euern Jahren, wo Ihr mit einem Fuße im Grabe steht. Doch was reden wir davon. Ich habe an anderes zu denken. Es handelt sich um Leben und Tod.“

„Also an dem Gerede ist doch etwas Wahres?“ fragte

der Schwanewirth neugierig. „Es heißt überall, Euer Sohn sei wegen Gotteslästerung zum Tode verurtheilt. Ich glaube es aber nicht.“

„Glaubt, was Ihr wollt“, erwiderte Frau Gänther rauh. „Nur schafft uns bald die Nachricht, daß ein Wagen nach Lübeck fährt.“

„Ich habe dem Knechte schon Auftrag gegeben, daß er sich nach Fahrgelegenheit erkundigen soll“, sagte der Wirth freundlich. „Er kann jeden Augenblick zurückkommen und einen Wagen mitbringen, denn an Gelegenheit nach Lübeck fehlt es heute nicht. Aber was habt Ihr nur dort zu schaffen. Ihr seht ja wahrhaftig aus, als hättet Ihr Böses im Sinn?“

„Meine Tochter hat eine Bitte an den Bürgermeister Kerdring zu richten, weiter nichts.“

„Die wird der Herr Bürgermeister gewiß nicht abschlagen“, wandte sich der Wirth an das Mädchen. „Der Mann wird von Allen wegen seiner Menschenliebe ungemein geliebt, und auch gerecht soll er sein und ohne Ansehen der Person sein Amt verwalten. Habt Ihr vielleicht ein Gnadengesuch anzubringen, Frau Gänther?“

„Fragt die Braut meines Sohnes! Vielleicht befriedigt sie Euer Neugierde. Ich bin dazu nicht aufgelegt“, antwortete die Wittwe gereizt.

Anna war gesprächiger. Sie gab Auskunft über den Zweck ihrer Reise, und der Wirth bekräftigte sie in ihrer Hoffnung, daß der Bürgermeister ihr die Begnadigung ihres Verlobten gewiß gewähren werde. Die Wittwe Gänther mischte sich nicht mehr in das Gespräch. Sie saß stumm da und sah vor sich hin. Auch als der Wirth das Zimmer verlassen hatte, blieb sie noch eine Weile unbeweglich sitzen. Endlich erhob sie sich, trat an ihre Tochter heran und sagte: „Anna! Der Wagen steht vor der Thür!“

Das Mädchen flog zum Fenster. „Ja, ja, Mutter, der Wagen ist da“, rief sie. „Nun aber schnell fort von hier! Nun wollen wir keine Minute länger zögern.“ Rasch wollte

besserung ihrer Betriebsweise an, so daß schließlich der Zuderertrag der Rübe den Steuerfuß weit überholt hatte. Die Zuderagrarier machten ungeheure Profite aus der Reichs-, respektive der Volkstasche.

Unser Redner stellte fest, daß im letzten Jahr neben den Prämien 75 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler für die Zuderindustriellen herausgeholt worden sind; dazu kommen noch 30 Millionen Mark Zuderprämien, das macht eine Zuderliebesgabe von 105 Millionen Mark.

Dem entgegen hielt unser Redner die Ausbeutung der Zuderindustrie Arbeiterkraft durch die Zuderkapitalisten, 40 Proz. Dividende, aber die erbärmlichsten Arbeiterlöhne und ungesundesten Betriebsräume. Wir verlangten deshalb die Abschaffung der Ausbeutung, die das Zuderkartell betrieben hat.

Die Zuderagrarier hatten Alles aufgeboten, die Brüsseler Konvention kaputt zu machen. Auf Bestellung des Bundes der Landwirthe mußten die interessierten Zuderfabriken Telegramme an die Abgeordneten richten und um Ablehnung der Konvention ersuchen. Bei der schließlich Abstimmung ergab sich jedoch eine beträchtliche Mehrheit für die Konvention.

Bei der Abstimmung über die Abänderung des Zudersteuergesetzes fiel zunächst die Kontingenzfrage, welche die Kommission wieder in die Vorlage hineingebracht hatte. Weiter wurde die Zudersteuer, die nach dem bisherigen Gesetz 20 Mk. pro 100 Kilogramm beträgt, nach einem Antrag der freisinnigen Volkspartei auf 14 Mk. herabgesetzt. Die Regierungsvorlage hatte einen Steuerfuß von 16 Mk. festgesetzt. Von unserer Seite war völlige Aufhebung der Zudersteuer verlangt worden. Aber unser Antrag wurde niedergestimmt und der freisinnige Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Auch den ganzen Ueberzoll wollten wir beseitigen, doch wurde hier der höchste Betrag, der nach der Brüsseler Konvention zulässig ist, 4,80 Mk., angenommen. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz; ebenso die bürgerliche Opposition. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, welche die verbündeten Regierungen ersucht, dahin zu wirken, daß in den deutschen Eisenbahntarifen die Frachttarife für Zuderzucker, Schnitzel und Melasse, sowie für Roh- und Kristallzucker, für letztere insbesondere auch im deutschen Binnenverkehr, thunlichst ermäßigt werden.

Eine Auseinandersetzung, die am letzten Beratungstage zwischen der freisinnigen Volkspartei und uns, aus Anlaß des angenommenen freisinnigen Zudersteuerantrages (14 Mk.) stattfand, verdient hier noch erwähnt zu werden. Die freisinnige Volkspartei, Herr Richter voran, hat in ihrem Programm die Forderung der Abschaffung aller indirekten Steuern stehen und legt bei ihrer Agitation im Lande auf diese Forderung stets den größten Nachdruck. Hier aber hielten die Freisinnigen, unter der Führung von Richter-Hermes, ihr Programm tief in die Tasche und, anstatt für unsern Antrag auf völlige Abschaffung der Verbrauchsabgabe einzutreten, bewirkten sie mit allem Hochdruck die Annahme einer 14 Mark Verbrauchsabgabe. Von einem unserer Redner wurde dieses Verhalten gehörig angezweifelt. Die Gründe, welche Richter zur Verteidigung seines Verhaltens anführte, waren so schwächlich, daß es der Redner wohl selbst empfand. Er suchte deshalb seine Position zu festigen durch allgemeine Angriffe auf unser parlamentarisches Verhalten. Damit hatte er aber noch weniger Glück. Unsere Genossen werden nicht verfehlen, bei der Agitation den Wählern das eigenartige Verhalten der Freisinnigen gebührend vor Augen zu führen.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Maurer in Königsberg i. Pr. ist jetzt beendet. Es ist eine Einigung zu Stande gekommen, dahingehend, daß die Maurer für dieses Jahr 48 Pf., für das nächste Jahr 50 Pf. Stundenlohn erhalten. Die Vertragsbestimmungen, welche Anlaß zu dem erneuten Ausbruch des Konflikts gegeben hatten, sind so abgeändert worden, daß beide Theile damit zufrieden sind. Bezeichnend für die Unternehmer ist es, daß sie noch im letzten Stadium des Streiks, wo es sich in der Hauptsache nur noch darum handelte, ob ein Pfennig Stundenlohn mehr oder weniger bezahlt werden soll, 250

sie sich enthalten, aber die Wittve rührte sich nicht von der Stelle.

„Ja denke, Anna, Du gehaldest Dich noch,“ sagte sie. Das Mädchen wußte nicht, was dies nun wieder bedeuten sollte.

„Bringe Deinen Anzug in Ordnung, Tochter, und hupe Dich schön,“ rief Frau Günther fort. „Bornehme Leute sehen auf das Aeußere. Wenn Du hübsch aussehst, so hast Du gleich einen Stein im Brett.“

Anna befolgte den Rath. Komm war sie fertig, so erlösten auch der Wirth und meldete die Ankunft des Wagens. Beide Frauen verließen den heißen Schwan und jagten nach Lübeck.

Als es von den Kirchthürmen der Stadt Lübeck 11 Uhr schlug, schritten die Wittve Günther und die Braut ihres Sohnes über den altbekannten Marktplatz. Mancher, der ihnen begegnete, blieb stehen und sah sie bestaunt an. Und in der That, ihre Erscheinung war eassellend. Die hohe Gestalt der Wittve, ihre strenge Haltung, ihr stehender Blick stimmten so gar nicht zu dem anmuthigen, aber sorgenvollen Gesicht Annas. Die letztere meinte fast immer und schludzte mitunter laut. Bei der Mutter dagegen schienen die Thränen völlig verjagt zu sein. Beden lag ein schwerer Kummer auf der Seele, aber die Wittve litt offenbar das weißte. Sie wendeten sich der Mühle hin und wieder hielt vor einem großen massiven Hause.

„Besitzt Du wirklich darauf, Anna, dem Bürgermeister in seiner Wohnung einen Besuch zu machen?“ fragte Frau Günther.

„Kann nicht bejahend und sagte: „Aber eine Bitte mußt Du mir gewähren, Mutter, nämlich die, mich allein sprechen zu lassen.“

„Das kann geschehen, Anna!“ antwortete die Wittve. „Ich habe ja nichts mit diesem Menschen nichts zu thun, sondern mich handeln. Ich muß handeln, rief sie so laut, daß die Vorübergehenden stillstanden. „Und ich werde handeln,“ wiederholte sie mit noch stärkerer Stimme.

Juener mit einem Kropfentumore. Von 1600 Mk. aus Halle und Dresden kommen sieh. Die Streikbrecher sind nun überflüssig, die Unternehmer sind selber froh, daß sie die so theuer erkaufte Kauzreihe wieder los werden. — In Colonnova im Kreise Oepeln, in einer der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft in Friedenshütte gehörigen Eisengießerei streiken 46 Former wegen Verweigerung des Koalitionsrechts durch die Hüttenverwaltung. Die Streikenden sind im christlichen Arbeiterverein in Deuthen organisiert. Als selbst gegen die christliche Organisation richtet sich der Haß der Unternehmer. Das muß doch den christlichen Arbeitern die Augen darüber öffnen, daß alle Unternehmer, mögen sie nun christlich sein oder nicht, ihre wirtschaftlichen Gegner sind. — Wegen fortgesetzter Maßregelung der Fabrikkommission sind in der Döringische Holzwaarenfabrik in Lauf in Bayern Differenzen ausgebrochen.

Eine Gewerkschafts-Konferenz von Vertrauensmännern aller Zählstellen der Provinz Brandenburg, zu der Vertreter der Bildhauer, Bäcker, Buchbinder, Fleischer, Holzarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Maurer, Metallarbeiter, Schneider, Tabakarbeiter und Textilarbeiter im Berliner Gewerkschaftshause erschienen waren, beschäftigte sich mit der Schaffung eines Gewerkschafts-Partells für die Provinz Brandenburg. Es soll ein Zentralkomitee gebildet werden, der die Agitationen, Bewegungungen usw. zu leiten hat. Die Konferenz hat von einer endgültigen Beschlußfassung noch abgesehen, um den nicht vertretenen Gewerkschaften noch Zeit zu lassen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Ein Kongreß von Vertretern der ostschweizerischen Textilarbeiterverbände hat den Zusammenschluß der einzelnen Organisationen zu einem großen Zentralverband der Stickerarbeiter beschlossen.

Als Reichstags-Kandidat für Leipzig Stadt wird vom Wahlverein des Kreises der Genosse Kotteler in Vorschlag gebracht. Bei der vorigen Wahl kandidirte bekanntlich Genosse Conrad Schmidt.

Ein umfangreicher Beleidigungsprozeß steht unserem Genossen Julius Bruns von der Breslauer „Volkswacht“ bevor. In einem einzigen Artikel soll er zwei Amtsvorsteher, einen Amtsrichter in Oberschlesien und das Landgericht in Deuthen beleidigt haben. Außerdem ist er angeklagt wegen Beschimpfung von Religionseinrichtungen. Er soll nämlich die Aachener Reliquien beschimpft haben, über deren Echtheit bekanntlich selbst ihre Hüter denkliche Zweifel haben.

Die Stellung der bayerischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zur Wahlrechtsfrage beschäftigte eine große Parteiverammlung in München. Nachdem die Landtagsabgeordneten Müller und Schmitt Bericht erstattet hatten und Bollmar über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Wählerversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Münchener sozialdemokratischen Abgeordneten im bayerischen Landtag und des Genossen v. Bollmar im deutschen Reichstag vollständig einverstanden. Sie drückt ihren Vertretern die volle Anerkennung aus. Die Versammlung erkennt besonders an, daß ihre Vertreter in der schwebenden Wahlrechtsfrage eine für den Fortschritt der Wahlrechtsentwicklung in den deutschen Bundesstaaten geschickte und fördernde Taktik eingeschlagen haben.“

Aus Naß und Fern.

Ein tragikomisches Intermezzo gab es in der letzten Gemeinderathssitzung in Cunewalde in der Oberlausitz. Der Herr Gemeindevorstand hatte einen Antrag auf die Tagesordnung gestellt, auf Einführung einer Polizeistunde an Sonnabenden und führte zur Begründung dieses Antrages an, daß sich Frauen und Mütter bei ihm beschwert hätten, ihre Männer resp. Söhne vertränten und verspielten Sonnabends eine Masse Geld, kämen früh beim Morgengrauen erst zu Hause und zwar in einem Zustande, der es ihnen unmöglich mache, den Gottesdienst zu besuchen. Die Vertreter der Besizhenden schauten empört über eine solche Lieberlichkeit der Arbeiter — denn daß es sich nur um solche handeln konnte, stand bei ihnen natürlich bombenfest — drein. Unsere Vertreter im Gemeinderathe aber forderten nun sehr energisch die Namen dieser Freuler wider Zucht,

Sitte und Altar. Nach langem Drängen erklärte der Gemeindevorstand, den diese Neugierde der Arbeitervertreter in sichtlich Verlegenheit zu bringen schien, daß es sich nicht um Arbeiter, sondern — es ist schrecklich zu sagen! — den „besseren“ Ständen angehörende Sünder handele. Namen nannte er begreiflicherweise nicht. — Die Vertreter dieser besseren Stände sollen kein sehr geistreiches Gesicht gemacht haben.

Wie beim Militär geimpft wird. Aus Dresden wird der „Chemnitzer Volksstimme“ berichtet: Der Redakteur des „Impfgenerators“, Wilhelm Kessel, hatte sich vor längerer Zeit vor dem hiesigen Gericht wegen eines Artikels zu verantworten, der gewisse Vorgänge schilderte, die sich beim Impfen des 73. Füsilier-Regiments ereignet haben sollten. Der Einsender des Artikels wurde damals zu 200 Mk. verurtheilt, Kessel jedoch freigesprochen. In seinem Bericht über diese Gerichtsverhandlung hatte er jedoch gesagt, es sei von dem Dresdener Gericht festgestellt, daß Sanitätsoffiziere des genannten Regiments beim Impfen „schmutzige Lappen“ verwendet hätten. Wegen dieser Aeußerung erhob der Kommandeur des Regiments gegen Kessel abermals Anklage. In der neuen Verhandlung blieb die schon früher festgestellte Thatsache unerwähnt, daß Gezeubäuchel bei verschiedenen Impfungen so lange verwendet wurden, bis sie schmutzig waren, was in der Urtheilsbegründung damals auch ausgedrückt wurde. Das Gericht sprach daher Kessel abermals frei, da die Absicht zu beleidigen nicht vorliege.

Militärverbot über eine sozialdemokratisch verfeuchte Stadt. In voriger Woche sollte im Feldschloßchen, dem größten Lokal der Stadt Forst, das Musikkorps des 1. Ostpreussischen Grenadier-Regiments konzertiren und der Wirth hatte bereits alle Vorbereitungen zum Empfang der Gäste getroffen, als plötzlich unerwartet vom Kapellmeister eine Depesche eintraf, die den Rücktritt von dem eingegangenen Kontrakt meldete, da über das Lokal der Militärboykott verhängt sei. Diese neueste Eröffnung veranlaßte den Wirth, an zuständiger Stelle nachzufragen, seit wann dieser Boykott bestesse, und da erfuhr er, daß von einem Militärboykott bezüglich seines Lokales bis dato überhaupt nichts bekannt ist. Die der „Märkischen Volksstimme“ nun von anderer Seite mitgetheilt wird, soll der Kapellmeister von der Kommandantur den Befehl erhalten haben, den Kontrakt in Forst zu lösen, weil die Stadt sozialdemokratisch verfeucht sei. — Dieser Boykott einer ganzen Stadt ist recht amüsant. Wo sollen die Militärmusiker dann spielen, wenn sie nur in nicht sozialdemokratisch verfeuchten Orten konzertiren dürfen? Einige Krähwinkel mag man ja im deutschen Reiche noch finden, die noch nicht nennenswerth roth gefärbt sind, aber mit dem beschränkten Zuhörerkreise, den diese Nester stellen können, werden die deutschen Militärkapellen schwerlich zufrieden sein.

Das Vergehen sog. „passiver“ Religionsstörung kennt man in Oesterreich. Aus Leipa in Böhmen berichtet das „Neue Wiener Tagblatt“: Der 50 Jahre alte Stein-Klopper Franz Fiala aus Groß-Mergenthal hatte sich auf Anzeige des Kaplans P. Schöninger wegen Religionsstörung zu verantworten, weil er dem beim sog. Verfehgange vor ihm stehenden Priester erklärte, er habe keine Zeit zum Grüßen und auch die Mühe auf dem Kopfe behielt. Der Angeklagte erklärte, fleißig arbeiten zu müssen, um sein Brod zu verdienen; er habe, um eine gewisse Menge fertig zu bringen, keine Zeit gehabt, die Arbeit zu unterbrechen. P. Schöninger gab vor Gericht an, daß er stehen blieb und den Angeklagten ausdrücklich aufforderte, die Mühe abzunehmen, dieser habe aber weitergearbeitet und sogar die Pfeife im Munde gehalten. Der Gerichtshof fand Fiala schuldig und verurtheilte ihn zu einer Woche strengen Arrests mit einem Fasttage.

Eine originelle Klage. Ein Kaufhaus in Chicago hat eine originelle Methode eingeführt, seinen Absatz in Spielwaaren zu vergrößern. Es hat vor seinem Hause einen Miniaturpark und einen Spielplatz für Kinder eingerichtet, wo diese umsonst mit allerhand Spielzeug sich beschäftigen können, während die Mütter ihre Einkäufe besorgen. Wenn es sich aber darum handelt, fortzugehen, will das Kind sich in der Regel nicht von seinem Spielzeug trennen, und der Mutter bleibt nichts anderes übrig, wenn sie nicht lautes Geschrei hervorrufen will, als das Spielzeug zu kaufen.

„Nehmt Platz und theilt mir mit, was Euch hierher geführt, aber sagt Euch kurz, denn meine Zeit ist gemessen.“

Herr Bürgermeister,“ hob Anna an und warf sich auf die Kniee. „Ich bitte um Ihre Gnade! Mein Bräutigam Peter Günther ist ...“

„Ich weiß,“ fiel Herrding ein, „er ist verurtheilt, aber nicht von mir!“

„Er ist unschuldig, Herr Bürgermeister! Beim lebendigen Gott, er ist unschuldig! Man will ihn hürichten wegen Gotteslästerung, und doch hat sein Herz nicht daran gedacht, Gott zu lästern!“

„Man hätte also einen Unschuldigen verurtheilt?“

„So ist's, Herr Bürgermeister!“

„Dann spreche ich den jungen Menschen jetzt noch frei, wie es schon längst mein Wunsch gewesen ist. Schafft mir nur schnellig die Beweise.“

„Beweise?“

„Nun ja, schwarz auf weiß!“

„Solche Beweise kann ich nicht schaffen. Aber beschwören will ich es beim Himmel und bei meiner Seligkeit, daß Peter unschuldig, daß er kein Gotteslästerer ist. Wie sollte er Gott gelästert haben, er, der so gut ist gegen die Menschen und nicht einmal einem Thiere etwas zu Leide thun kann?“

„Das sind aber keine Beweise seiner Unschuld. Das sind nur Meinungen, nur Voraussetzungen, ich aber muß Beweise vorlegen können, daß er eine Gotteslästerung nicht begangen hat. Oder könnt Ihr beschwören, daß er die Worte, die man ihm heimlich, nicht gesprochen hat?“

„Nein, Herr Bürgermeister, das kann ich nicht!“

„Oder könnt Ihr mir Beweise bringen, daß die Worte entfallen sind?“

„Auch das kann ich nicht!“

„Dann vermag ich nichts und kann dem Unglücklichen nicht helfen, so gern ich möchte.“

(Fortsetzung folgt.)